

**Rede von Oberbürgermeister Andreas Hesky zur Einbringung des
Haushaltsplans 2016 der Stadt Waiblingen
in der Sitzung des Gemeinderats am 15. Oktober 2015**

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
Frau Erste Bürgermeisterin Dürr,
Frau Baubürgermeisterin Priebe,
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich freue mich, gemeinsam mit der gesamten Verwaltung, den Haushalt 2016 einbringen zu können. Der Haushalt kann sich sehen lassen. Er ist der zweite, der nach dem neuen kommunalen Haushaltsrecht in doppischer Form erstellt wurde.

Die Umstellung war nicht nebenher zu erledigen und hat einige Kraft gekostet. Die Verwaltung hat dies sehr gut gemacht. Nach rund 10 Monaten im Jahr 2015, die im neuen Haushaltsrecht bewältigt wurden, kann festgestellt werden:

Die Stadt hat alle Rechnungen bezahlt, jeder hat sein Geld bekommen, sofern ihm welches von der Stadt zustand, auch alle Einnahmen wurden ordnungsgemäß verbucht, Forderungen wurden eingezogen, wir kennen unsere Kontostände, wir wissen, welche Kredite wir haben, wir konnten weitere Kredittilgungen vornehmen und die im Haushaltsplan 2015 eingeplanten neuen Kredite werden nicht benötigt.

Wo steht Waiblingen also aus finanzieller Sicht? Wir stehen nicht schlecht da. Die Ausgaben, seien es die laufenden oder auch die investiven, fallen in der erwarteten Höhe an. Es gibt keine extremen Ausreißer, glücklicherweise auch nicht bei den Baukosten für die vielen Investitionen, auch nicht bei unserem Großprojekt, der Sanierung des Salier Gymnasiums. Das ist gut, wichtig und erfreulich.

Sogar sehr erfreulich ist die Entwicklung der Einnahmen, vor allem der Gewerbesteuer. Im Haushaltsplan 2015 wurde aufgrund der deutlichen Abweichungen vom Ansatz - nach unten - in den Jahren 2013 und 2014 gemäß dem Grundsatz „aus Erfahrung lernt man“, ein Ansatz gewählt, der sich dem Niveau der Vorjahre anpasste, also 40 Mio. Euro.

Die Gewerbesteuereinnahmen 2015 werden sich – Stand heute – überraschend und höchst erfreulich, bei rund 53 Mio. Euro bewegen. In diesem Betrag stecken zahlreiche Einmaleffekte, die sich nicht jährlich wiederholen werden, aber das ist dennoch ein starkes Zeichen einer bestens aufgestellten Wirtschaft in unserer Stadt.

Sie ist im heimischen Markt stark, aber genauso, trotz mancher globaler Krisen, in der Lage, ihre Produkte zu exportieren. Waiblingen kann stolz sein auf Industrie und Gewerbe, vom Ein-Mann-Betrieb über den Handwerker bis zum mittelständischen Konzern.

Uns allen ist aber aus früheren Zeiten auch bekannt, dass hohe Einnahmen zwei Haushaltsjahre später zu hohen Ausgaben bei den Umlagen führen. Damit uns die Freude an den hohen Einnahmen erhalten bleibt und nicht in 2017 Kopfschmerzen bereitet, bietet das neue Haushaltsrecht die Möglichkeit, Rückstellungen zu bilden, damit wir, wenn es darauf ankommt, ausreichend Mittel haben. Davon werden wir Gebrauch machen und eine Rückstellung in Höhe von 5,5 Mio. Euro bilden, die das Ergebnis 2015 *belastet* und 2017 *entlastet*.

Nach dieser Vorbemerkung kann man getrost feststellen: Die wirtschaftliche Situation der Stadt Waiblingen ist im Jahr 2015 sehr gut.

Aber wie wird sich das Jahr 2016 entwickeln? Wenn man den Wirtschaftsprognosen Glauben schenken darf, wird Deutschlands Wirtschaft weiterhin auf einer Erfolgswelle schwimmen. Auch die Unternehmen in Waiblingen halten den Daumen nach oben und signalisieren Zuversicht. Dies kommt nicht von ungefähr, wenn man beispielsweise die Investitionen in Forschung und Entwicklung sieht. Das wird bei unserem Weltmarktführer Stihl augenfällig mit den Investitionen in das neue Entwicklungszentrum für Akku-Geräte, das wird aber auch in anderen Bereichen, beispielsweise dem Maschinenbau, deutlich.

Die heimischen Betriebe aus dem Bereich des Verpackungsmaschinenbaus, die sich beispielsweise auf der Messe „Fachpack“ in Nürnberg zeigten, konnten mit einigen Innovationen aufwarten, die ihre Wettbewerbsstellung festigen und ausbauen. Auch unser Packaging Excellence Center war dort vertreten. Seine Gründung im Oktober 2007 war goldrichtig. Alle in ihm zusammengeschlossenen Betriebe profitieren vom fachlichen Austausch und der gemeinsamen Suche nach Optimierungen.

Trotz der positiven Grundstimmung sind wir nicht übermütig geworden und kalkulieren 2016 mit einem Gewerbesteueraufkommen von 45 Mio. Euro. Auch sonst besteht kein Anlass, alle Schleusen zu öffnen. Ganz im Gegenteil. Wir müssen weiter solide wirtschaften.

Unsere vorhandene Infrastruktur gilt es zuallererst zu unterhalten und zu sichern und unsere Angebote, beispielsweise im Bereich der Kindertagesstätten, sollen auch weiterhin mit hoher Qualität und Quantität erhalten bleiben. Das kostet Geld, gut angelegtes Geld, denn es wäre ein Fehler, wir würden unsere Standards im Bereich der Bildung und Betreuung senken, und es wäre auch falsch, wir würden nicht mehr in den Erhalt unserer Gebäude investieren, weil wir dann Schulden in Steinen hinterließen.

Diese Mittelverteilung betrachte ich als „Pflichtaufgaben“, die jedes Jahr im kommunalen Haushalt abzubilden sind. Erst danach können neue Projekte aufgenommen werden. Es wurden also auch im Haushaltsplanentwurf 2016 Prioritäten gesetzt.

Dabei haben wir uns an folgenden Fragen orientiert:

- Was brauchen die Menschen, um sich in Waiblingen wohl und geborgen zu fühlen?
- Was benötigen die Unternehmen, die Dienstleister und alle Gewerbetreibenden in unserer Stadt, damit sie weiterhin erfolgreich arbeiten und sich im Wettbewerb durchsetzen können?
- Wie können wir unsere Umwelt schützen?

Diese Fragestellungen sind nicht neu. Damit beschäftigen sich Politik und Verwaltung seit Jahren. Neu sind allerdings die Antworten, die wir aus der aktuellen Situation heraus, der wir uns gegenübersehen, finden müssen.

Ganz oben stehen die Fragen: Wie schaffen wir es, den Menschen, die in unsere Stadt kommen, für die Zeit ihres Asylverfahrens ein Dach über dem Kopf zu geben? Und wie geht es für die Menschen weiter, die bleiben dürfen? Wo finden sie eine Wohnung? Wie können wir ihnen bei ihrer Integration helfen?

Die Bewältigung dieser Aufgaben hat sehr viel mit der oben gestellten Fragestellung „Was brauchen die Menschen, um sich in Waiblingen wohl und geborgen zu fühlen?“ zu tun. Denn sie gilt für Einheimische wie für Flüchtlinge.

Mir ist bewusst und ich habe es bei vielen Veranstaltungen und in Gesprächen hautnah erlebt, dass manche Menschen Sorgen haben und sich fragen, wie soll das weitergehen, wo kommen die Menschen unter? Ist mein Arbeitsplatz oder ist mein Wohlstand gefährdet? Bin ich in der Stadt sicher? Können wir uns das finanziell leisten, den Menschen zu helfen?

Manche Frage ist noch nicht abschließend beantwortbar, weil einfache Antworten auf schwierige Fragen oft zu kurz greifen.

Dazu gehören die Fragen, wo können wir weitere Gemeinschaftsunterkünfte anbieten, wenn der Zustrom von Menschen weiter anhält, und wo finden die Menschen Wohnraum, die eine Gemeinschaftsunterkunft verlassen müssen. Wir haben gelernt und wissen, dass Siedlungen, die für bestimmte Personengruppen geschaffen werden, zur Ghettoisierung oder zumindest zu einer Ausgrenzung in der Stadt führen können.

Daher dürfen wir nun nicht den Fehler begehen, an Barackensiedlungen zu denken oder einen neuen Stadtteil nur für Flüchtlinge planen, der uns zwar momentan einige Sorgen nehmen könnte, aber in 10, 20 Jahren zu sozialem Sprengstoff führen kann.

Durchmischung heißt die Devise, die uns bei der Stadtplanung und der Schaffung von Wohnraum leiten muss, trotz der schier unbewältigbar scheinenden hohen Zahl von Menschen, die in ein, zwei oder drei Jahren eine Wohnung brauchen.

Wir dürfen nun auch nicht alle Regeln des Umweltschutzes oder unsere Grundsätze der Baulandentwicklung über den Haufen werfen. Das wäre fatal und würde zu einer Spannung in der Gesellschaft führen. Denn wir dürfen nicht nur Wohnraum für die Flüchtlinge schaffen, sondern wir müssen auch die Bedürfnisse der einheimischen Bevölkerung aus allen Schichten im Auge behalten.

Aber so weitermachen wie bisher wird auch nicht ausreichen. Aus der Fortschreibung unseres Stadtentwicklungsplans kennen wir unseren bisherigen Wohnungsbedarf. Den neu entstehenden müssen wir in unser Planwerk einarbeiten. Und ob wir unsere 53.000 Einwohner nur behalten oder ob wir wachsen, wird derzeit nicht durch unser eigenes Handeln bestimmt.

Ich bin ein Freund des Konkreten. Was heißt das für Waiblingen, wenn der Landkreis auf seiner Homepage mitteilt: „Zuweisungen von mehr als 200 Flüchtlingen pro Woche“? Das sind pro Jahr rund 10.400 Menschen, die in den Kreis kommen. Falls es gelingt, sie auf alle Kommunen gleichmäßig nach einem Schlüssel, der sich an der Einwohnerzahl orientiert, zu verteilen, sind 2016 in Waiblingen weitere rund 1.400 Menschen in Gemeinschaftsunterkünften unterzubringen.

Es geht aber auch darum, dass nach Abschluss des Asylverfahrens ein Großteil dieser Menschen bei uns bleiben kann und will und Wohnraum braucht. Auf diesen zusätzlichen Bedarf müssen wir uns einstellen und er kommt zu den rund 1.400 Wohnungen, die ohnehin laut STEP 2030 in den nächsten 15 Jahren – von wem auch immer – gebaut werden sollen, hinzu. Noch ein weiterer Gedanke zur Unterbringungsfrage sei gestattet. Bis es zu Einzügen in neue und zu Umzügen in frei gewordene Wohnungen kommt, werden noch viele Monate und Jahre vergehen.

Niemand ist in der Lage, von heute auf morgen Hunderte Wohnungen zu bauen. Wir werden uns daher darauf einstellen müssen, dass unsere Gemeinschaftsunterkünfte auch weiterhin belegt bleiben und wir weitere benötigen. Unter TOP 4 werde ich darüber berichten.

Auf Dauer wird an einer gesamteuropäischen Lösung kein Weg vorbei gehen. Europa muss klar sein, dass auch eine starke Industrienation überfordert sein kann. Woher dann die Millionen aus Brüssel kommen sollen, die heute in Staaten gehen, die von einer Aufnahmeverpflichtung nichts wissen wollen, müsste zu denken geben.

Denn Menschen würden auch in Ungarn, Polen, der Slowakei oder der Tschechischen Republik bleiben wollen, wenn man ordentlich mit ihnen umgeht, sie nicht drangsaliert und sie menschenwürdig behandelt.

Wir haben aus der deutschen Geschichte gelernt und begegnen den Menschen respektvoll und mit offenem Herzen. Dies kommt in der enormen ehrenamtlichen Hilfsbereitschaft der Bevölkerung zum Ausdruck. Dafür gilt allen, die helfen, unser großer Dank.

Nun wird es darauf ankommen, den Flüchtlingen die Integration zu ermöglichen. Auf diesem Feld sind wir, wenn man sich global umsieht, durchaus Weltmeister. Wir wissen, wie Integration geht, auch unter Wahrung der eigenen kulturellen Identität.

Ich bin überzeugt, unsere Gesellschaft, auch unsere Bürgergesellschaft in Waiblingen, kann diese Herausforderung bewältigen. Dies setzt voraus, dass auch die Menschen, die zu uns kommen, ihren Teil dazu beitragen, damit Integration gelingt. Dazu gehört das Erlernen der deutschen Sprache, das Kennen der Gepflogenheiten der Gesellschaft und auch das Wissen, dass unsere im Grundgesetz verankerten Werte, uns in die Lage versetzen, heute in christlicher Nächstenliebe auf einer gesicherten und soliden wirtschaftlichen Basis denjenigen helfen zu können, die nun Hilfe dringend benötigen.

Angesichts der Herausforderungen und Schwierigkeiten, die wir im Rahmen der Flüchtlingsunterbringung und –betreuung zu bewältigen haben, könnte die Frage aufkommen, ob dadurch die Mittel für die anderen kommunalen Projekte ausreichend vorhanden sind oder ob so viel Personalkapazität gebunden ist, dass keine anderen Themen bearbeitet werden können.

Beides kann klar beantwortet werden: Die Flüchtlingsunterbringung kostet Geld, auch das Geld der Stadt, das wir zum einen über die Kreisumlage dem Landkreis geben, der für die Unterkünfte und die hauptamtliche soziale Betreuung der Flüchtlinge verantwortlich ist.

Zum anderen hat die Stadt Waiblingen auch eigene Ausgaben. Beispielsweise zur Unterstützung des Ehrenamts und für weitere Stellen zur Unterstützung der Integrationsarbeit, ich verweise auf TOP 5, und im Bereich des Bürgerbüros im Ausländerwesen wegen erhöhter Fallzahlen.

Bund und Land wollen die Kommunen und Kreise bei den Flüchtlingskosten nicht im Regen stehen lassen. Wie hoch die Aufwendungen des Landkreises, die er allein zu tragen hat, sind, kann daher noch nicht genau beziffert werden. Unsere eigenen Aufwendungen, beispielsweise auch für Kulturprojekte mit Flüchtlingen, liegen inklusive der neuen Stellen im nächsten Jahr bei etwa 150.000 Euro. Das ist nicht nichts. Aber es wirft uns nicht aus der Bahn.

Man kann daher getrost die Sorge nehmen, dass durch die Flüchtlinge wichtige andere kommunale Themen nicht ausreichend finanziert wären.

Aber ohne die etwas in Verruf geratene Floskel überstrapazieren zu wollen, sage ich: „Wir schaffen das“, vorausgesetzt, es gelingt, die Menschen in Lohn und Brot zu bekommen, wobei wir wieder beim Thema Spracherwerb und Bildung sind.

Im Haushaltsplanentwurf sind die investiven und laufenden Ausgaben für Bildung und Betreuung in Kindertagesstätten und Schulen wieder der größte Brocken, den wir im Gegensatz zur Kreisumlage selbst in der Hand haben. Die Bereitstellung von U3-Plätzen ist nach wie vor ausreichend, der Rechtsanspruch kann erfüllt werden, vielleicht ergeben sich künftig mehr Nachfragen durch das weggefallene Betreuungsgeld.

Im Bereich Ü3, also für Kinder zwischen dem 3. und 6. Lebensjahr, haben wir rechnerisch gesehen ausreichend Angebote, manchmal sogar Überkapazitäten, wie in Bittenfeld. Aber in der Kernstadt wird weiterer Bedarf entstehen. Der ursprünglich auf dem ehemaligen Krankenhausareal vorgesehene dreigruppige Kindergarten war die Reaktion darauf.

Anstatt dort würde es sich allerdings eher auf dem Gelände des Kindergartens Krautgässle anbieten, diese Einrichtung zu bauen. Das Krautgässle ist eingruppig und bietet keine Perspektiven für eine U3 Ganztagsbetreuung. Da das Gebäude des Krautgässle auch zu sanieren wäre, wird vorgeschlagen, es abzureißen und durch eine dreigruppige neue Kita zu ersetzen. 200.000 Euro Planungsmittel sind im Haushaltsplanentwurf eingestellt. Voraussichtlich werden wir im Laufe des nächsten Jahres weitere Mittel bereitstellen müssen, da es anzustreben wäre, zum Kindergartenjahr 2016/17 mit dem Abriss und Neubau zu beginnen. Die Gruppe des Kindergartens Krautgässle selbst soll erhalten bleiben und an den ebenfalls eingruppigen Kindergarten Silcherstraße angedockt werden, um auch diesen zweigruppig zu machen.

Eine weitere große Aufgabe, die auf uns zukommt, ist die Sanierung des Kinderhauses Mitte. Im Haushaltsplanentwurf finden Sie die nächste Rate zur vertieften Planung.

Auch bei den Schulen werden 2016 die Investitionen weitergehen. Es war richtig, für die Ganztageseinrichtung an der Rinnenäckerschule und die Mensaerweiterung an der Friedensschule Neustadt Mittel bereits 2015 bereitzustellen, aber den Baubeginn auf die Leistungsfähigkeit unseres Haushalts und die vorhandene Personalkapazität der Verwaltung abzustellen. Daher wurde mit dem Bau der Ganztageseinrichtung an der Rinnenäckerschule – förderunschädlich - begonnen. Die Mensaerweiterung in Neustadt kann binnen eines Jahres nach Erhalt des Förderbescheids angegangen werden. Für beide Projekte liegen die Förderzusagen leider noch nicht vor.

Ein für das Ehrenamt wichtiges Projekt wird nächstes Jahr fertiggestellt sein. Der Neubau des Feuerwehrhauses Neustadt wird die Bedingungen für die ehrenamtlichen Feuerwehrleute deutlich verbessern. Wir sind als Stadt gut beraten, ins Ehrenamt zu investieren, in Aus- und Fortbildung, in Geräte und Gebäude. Das erhöht die Motivation und zeigt die Wertschätzung gegenüber denjenigen, die sich in den Rettungs- und Hilfsdiensten freiwillig engagieren.

Besonders erfreulich ist das interkommunale Miteinander in diesem Bereich. Die gemeinsam mit Remseck angeschaffte und dort stationierte Drehleiter, ist ein gutes Beispiel dafür, dass es um die Sache und nicht ums Prestige geht. Dafür vor allem der Waiblinger Wehr ein großes Sonderlob!

Ein weiterer Bereich, in dem das Ehrenamt die tragende Säule darstellt, ist der Sport. Ohne unsere Vereine gäbe es nur Schulsport oder kommerzielle Sportangebote. Daher ist es auch hier wichtig, zu investieren und den Vereinen bei Investitionen zu helfen. Für den Vereinssport eminent wichtig ist unsere Rundsporthalle.

Ich bin froh, dass wir uns für die Sanierung entschieden haben. Einen Neubau angesichts der Investitionsfülle zu schultern, wäre nicht im Haushalt unterzubringen gewesen. Ursprünglich war angedacht, die Sanierung 2016 zu beginnen. Da der VfL Handball e.V. als Hauptnutzer darum gebeten hat, auf den Spielbetrieb Rücksicht zu nehmen, wird die Sanierung erst 2017 über die Bühne gehen.

Wenn wir schon in diesem Bereich der Talaue sind, lassen Sie mich auf die Remstalgartenschau zu sprechen kommen. Waiblingen ist mit dabei und wird sich angemessen präsentieren. Unter TOP 6 werden heute erste Überlegungen vorgestellt, wo die Remstalgartenschau in Waiblingen ihre Hauptflächen haben soll.

Die Pläne sind Werkstattzeichnungen, Skizzen, die erste Impulse geben, aber viel Freiraum für eigene Ideen aus der Bürgerschaft lassen. Wir alle hoffen, dass die Waiblingerinnen und Waiblinger am 29. Oktober 2015 die Gelegenheit nutzen, sich mit ihren Ideen bei der Remstalgartenschau einzubringen.

Noch können keine Gesamtkosten für die Investitionen genannt werden. Dafür ist es noch viel zu früh, denn was gemacht wird, steht noch gar nicht genau fest. Das wird erst im Frühjahr 2016 möglich sein, wenn wir die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung kennen und sie auf Machbarkeit und Finanzierbarkeit überprüft haben.

Es ist eine *interkommunale* Gartenschau. Wir spielen im Konzert der anderen 15 Kommunen entlang der Rems, aber wir müssen auch unser eigenes Soloinstrument zum Klingen und Hören bringen, mit dem wir Menschen 2019 und auch in den Folgejahren nach Waiblingen locken wollen. Angesichts der Lage und Größe der Talaue hat unsere Stadt schon heute ein sehr großes Potential. Das gilt es zu nutzen.

Die Remstalgartenschau ist *die* Chance, die Talaue in ihrem Charakter zu erhalten und doch fortzuentwickeln. Das gelingt vor allem dann, wenn die Gartenschau der Auslöser, aber nicht der Grund für Investitionen ist. Will sagen, lassen Sie uns das machen, was unserer Talaue auf Dauer gut tut, und keine Maßnahmen angehen, die als Eintagsfliegen verpuffen.

Mit dieser Maßgabe haben wir die Heimattage 2014 erfolgreich gefeiert, und so wollen wir auch die Remstalgartenschau angehen. Dann wirkt sie für Touristen, und sie wirkt aber auch in die eigene Stadt für die Bürgerinnen und Bürger, was mindestens genauso wichtig ist.

Zentrale Elemente werden Rad- und Wanderwege sein, für deren Ausbau auch 2016 Mittel bereitgestellt sind, um die Lücken zwischen dem Schüttelgraben und der Geheimen Mühle sowie zwischen Beinstein und Weinstadt zu schließen. Genauso wichtig werden aber auch die Rundsporthalle sein, die 2019 in neuem Glanz erstrahlt, und das Bürgerzentrum.

Es stand immer fest, das Bürgerzentrum in seinem erfolgreichen Stil, so, wie es vor über 30 Jahren gebaut wurde, zu erhalten, da es von seiner Architektur und seinem Ambiente zeitlos und zeitlos schön ist. Das bestätigen unsere Gäste immer wieder. Dennoch gilt es, das Bürgerzentrum von innen heraus fit zu halten. Beispielsweise durch die bereits installierte LED-Technik, die Sanierung der Tiefgarage und es wird auch vorgeschlagen, die Stühle im Ghibellinen- und Welfensaal nicht auszutauschen, sondern aufzupolstern und zu ertüchtigen. Das ist mit etwa 200.000 Euro gegenüber einer neuen Bestuhlung nicht nur preiswerter, sondern es ist nachhaltig, weil vorhandene Ressourcen nicht vernichtet, sondern weiterverwendet werden. In den Remsstuben ist das leider nicht möglich. Dort ist ein Austausch unverzichtbar. Aber auch hier gilt: Das neue Mobiliar wird das Ambiente des Restaurants nicht verändern.

Und das alles sollten wir in 2016 umsetzen, da dieses Konzept, unser Bürgerzentrum weiterzuentwickeln und damit auf Augenhöhe auch mit neuen Hallen zu bleiben, durch die Ausrichtung des „greenmeetings und events Kongress 2017“ honoriert wird. Das German Convention Bureau und der Europäische Verband der Veranstaltungs-Centren haben sich erstmals entschieden, mit diesem Kongress nicht in eine neue Halle und nicht in eine Großstadt zu gehen, sondern nach Waiblingen. Das ist eine Bestätigung unserer nachhaltigen Stadtentwicklung, die auch im Bürgerzentrum, sowohl im Gebäude als auch in der Durchführung von Veranstaltungen, ablesbar ist.

Nachhaltig wirken auch die im Haushaltsplanentwurf 2016 veranschlagten Mittel, mit denen es möglich ist, die Ziele unseres Stadtentwicklungsplans 2030 zu verfolgen. Dazu gehört auch ein gut funktionierender ÖPNV in der Stadt, im Kreis und in der Region.

Wir sind froh, dass wir zwei S-Bahnen haben und einen komfortablen Zuganschluss sowie ein sehr gut ausgebautes Bussystem. Das gilt es gemeinschaftlich über die Kreisumlage und die ÖPNV-Umlage des Verbands Region Stuttgart zu bezahlen. Wenn man das steigende Mobilitätsbedürfnis bedenkt, ist klar, dass wir am Ausbau des ÖPNVs nicht vorbeikommen, um den Modal-Split von 80 zu 20, also 80 % motorisierter Individualverkehr und 20 % ÖPNV, zu halten. Aber wir werden nicht nur den ÖPNV ausbauen, sondern uns auch Gedanken um unsere Straßen machen müssen.

Der Bund untersucht nun wieder den Nord-Ost-Ring. Ganz gleich, was dabei herauskommt, darf man nicht erwarten, dass diese Straße kurzfristig gebaut wird, auch wenn die Unternehmen und die vom täglichen Verkehr belasteten Kommunen nach ihr verlangen.

Die Maßnahmen zur Verkehrsverbesserung in der Neckarstraße in Hegnach, die nun mit rund 2 Mio. Euro inklusive einer stationären Radaranlage im Haushaltsplanentwurf aufgenommen sind, bringen dies zum Ausdruck. Wenn wir damit rechnen würden, dass eine notwendige Umfahrung rasch käme, würden wir diese Maßnahme nicht in dieser Form angehen, sondern eine Straße planen, auf der deutlich weniger Fahrzeuge unterwegs sein müssten.

Die ÖPNV-Ausgaben des Kreises und der Region sind aber im Vergleich zu den Ausgaben für die neue Klinik in Winnenden überschaubar. Es muss uns klar sein, dass das angekündigte jährliche Defizit der Kliniken um die 30 Mio. Euro auch in den nächsten Jahren dazu führt, dass unser kommunaler Handlungsspielraum mehr und mehr eingeschränkt wird.

Wir kalkulieren im Haushaltsplanentwurf mit einem Kreisumlagehebesatz von 39%. Ich habe nach wie vor die Hoffnung, dass es dabei bleibt, auch wenn heute Nachmittag der Kreiskämmerer alle Kommunen wissen ließ, dass der Landrat am kommenden Montag 39,9% vorschlagen wird. Die 0,9% mehr würden uns sonst 630.000 Euro mehr kosten.

Wer sich also die Frage stellt: „Überfordert uns die Flüchtlingsthematik?“, den kann man beruhigen und darauf hinweisen, dass die zu erwartenden rund - in Summe – 90 Mio. Euro Abmangel der Kreiskliniken bis 2019, die sich auch im obigen Hebesatz widerspiegeln, nicht die Frage „Flüchtlinge oder Kita?“, sondern eher die Frage „Klinik oder Kita?“ entstehen lassen.

Der Blick geht nicht zurück, sondern nur nach vorn. Daher müssen wir uns Gedanken machen, wie Waiblingen diese Last schultern kann. Natürlich ist es nicht opportun, in einem Jahr, in dem man mit hohen Gewerbesteuererträgen gesegnet ist – und wir sind es und sind dafür auch dankbar – über Erhöhungen des Hebesatzes nachzudenken.

Es wird aber wohl in Zukunft kein Weg daran vorbei führen. Daher muss ich wiederholen, was ich bereits zum Haushaltsplan 2015 ankündigte, nämlich über eine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes für das übernächste Jahr, also ab 2017, nachzudenken.

Ein offener Posten aus 2015 ist noch die Anpassung der Kindergartengebühren. Wir haben in Waiblingen einen sehr hohen Standard und mit die niedrigsten Gebühren. Der Kostendeckungsgrad beträgt gerade einmal 8,8%, bei einem Landesrichtsatz von rund 20%. Um Missverständnisse von vornherein zu vermeiden: Mir geht es nicht darum, einen Kostendeckungsgrad von 20% zu erreichen.

Aber wenn wir die Gebühren nicht an gestiegene Kosten anpassen, sinkt der Kostendeckungsgrad immer weiter. Und Ziel der Gebührenanpassung ist auch, dass trotz eines angestrebten höheren Gebührenaufkommens, in den unteren Einkommensgruppen keine Mehrbelastungen entstehen und somit die Gebühren weiterhin sozial vertretbar bleiben.

Bis zur Beilegung der Tarifaueinandersetzung, unter der die Eltern und Kinder gelitten haben, war es nicht angezeigt, über eine Gebührenanpassung zu beraten. Nachdem sich die Tarifpartner kürzlich einigten, ist angestrebt, noch im November die Anpassung der Gebühren der Kindertagesstätten und im Ganztagsschulbereich in den BSV einzubringen, um im Dezember 2015 die neue Gebührensatzung zu verabschieden.

In diesem Zusammenhang darf ich auf die Personalkosten eingehen. Auch das ist gut angelegtes Geld. Unsere Verwaltung leistet sehr viel. Wir haben eine motivierte und kompetente Mannschaft. Es wird eine Unmenge von Aufgaben von der Stadt erfüllt, was uns auch von anderen Kommunen unterscheidet. Das Personal folgt den Aufgaben. Wer sich also an den Personalkosten stößt und sie reduzieren möchte, muss sagen, was wir künftig *nicht* mehr tun sollen. Und zwar *konkret*. Ich sehe derzeit keine Aufgabe, von der wir uns lösen könnten. Ich sehe eher mehr Aufgaben auf uns zukommen, ohne dass wir von anderen lassen könnten.

Den Mitgliedern des Gemeinderats liegt seit Mai 2015 eine Liste aller Freiwilligkeitsleistungen der Stadt vor. Das reicht vom Umweltschutz über die Betreuung des Ehrenamts bis zur Kultur, und den Sport – soweit es nicht der Schulsport ist. Daraus könnte der Gemeinderat konkrete Aufgaben benennen, die gestrichen werden sollen.

Wenn wir jedoch weiterhin all unsere Aufgaben erfüllen, benötigen wir unsere Mannschaft mit 712,2 Vollzeitstellen, was in etwa 1.200 Personen bedeutet, die bei der Stadt beschäftigt sind. Die Personalkosten sind für 2016 mit 42,99 Mio. Euro veranschlagt. Dies bedeutet gegenüber 2015 bei einem Vergleich der Planansätze eine Steigerung um 1,07 Mio. Euro.

Eingerechnet sind Tarif- und Besoldungserhöhungen soweit beschlossen oder absehbar. Nicht berücksichtigt sind die finanziellen Auswirkungen der Änderung im Tarifvertrag im Sozial und Erziehungsdienst (SuE), weil wir sie noch nicht berechnen können, da die Details noch nicht vorliegen.

Im Stellenplanentwurf 2016 sind 8,12 neue Stellen vorgesehen, die durch Aufgabenzuwächse anfallen, im Bürgerbüro, Stichwort „verbesserte Öffnungszeiten und mehr Service“, im Baurechtsamt, Stichwort „Beschleunigung der Baugenehmigungen“, im Fachbereich Finanzen, Stichwort „Mehraufgaben aus dem neuen Kassen- und Haushaltsrecht“, bei Bildung und Erziehung, Stichwort „mehr Kitas und Ausbau der Ganztagsbetreuung an Schulen“ und im Bereich Stadtplanung, Stichwort „Verkehrs- und Fahrradbeauftragter“, der im Dezember 2013 vom Gemeinderat diskutiert wurde.

Erlauben Sie mir im Rahmen meiner Haushaltsrede auf das Budget der Ortschaftsräte und unsere Ortschaftsverfassung einzugehen. Ich bin ein Freund von beidem und möchte daran auch festhalten. Ausdrücklich lobe ich die Ortschaften für ihren sparsamen und wirtschaftlichen Umgang mit dem Ortschaftsratsbudget.

Es wurde geschaffen, um Kleinmaßnahmen rasch auf den Weg zu bringen. Es hat sich herausgestellt, dass dafür meist nicht jährlich 50.000 Euro notwendig sind. Darin kommt auch zum Ausdruck, die Ortschaften sind im Haushaltsplan umfangreich berücksichtigt, so dass die Sondermittel gar nicht benötigt werden.

Seit der Finanzkrise kam dankenswerter Weise aus den Ortschaftsräten jährlich der Antrag auf Reduktion. Im Dezember 2014 hat der Gemeinderat beschlossen, aufgrund des Antrags der BüBi aus dem Ortschaftsrat Bittenfeld, über die dauerhafte Reduktion nach Anhörung aller Ortschaftsräte zu befinden. Die Anhörung habe ich selbst in allen fünf Ortschaftsräten durchgeführt.

Dabei musste ich nicht nur einmal darauf hinweisen, dass es *kein* Verwaltungsantrag war, das Budget dauerhaft zu senken, und es auch *nicht* darum geht, dass nun die Ortschaftsräte, ich zitiere, „auch noch dafür bestraft werden, dass sie in den vergangenen Jahren sparsam mit den Mitteln umgingen“. Nachdem alle Ortschaftsräte mit der Reduktion einverstanden sind, zunächst befristet, sind im Haushaltsplanentwurf 2016 bereits die 25.000 Euro je Ortschaft eingestellt.

Noch ein Wort zur Ortschaftsverfassung. In der Vorlage WKS 34/2015 werden Ihnen auf Wunsch des Gemeinderats alle Rahmenbedingungen für einen hauptamtlichen und ehrenamtlichen Ortsvorsteher aufgezeigt, ebenso alle Aufgaben, die derzeit die Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher erledigen. Diese haben wir 2009 so festgelegt. Die Vorlage soll Ihnen in Ihren Fraktionen für eventuelle weitere Beratungen dienen. Ich habe derzeit nicht den Wunsch, an unserer Ortschaftsverfassung etwas zu ändern. Weder an den Aufgaben noch an der Stellung der Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher.

Es würde mich freuen, wenn die Beratungen und Gespräche in den Ortschaften und auch die Berichterstattung in der WKZ dazu beigetragen haben, dass sich alle Akteure über die eigene Rolle, Funktion und Verantwortung, aber auch das Eingebunden-sein in das gesamtstädtische Netzwerk nun noch besser im Klaren sind.

Polyzentralität und die Ortschaftsverfassung sind keine Einbahnstraßen, die nur von der Kernstadt in die Ortschaften zeigen, sondern es gibt einen Zweirichtungsverkehr. Auch das sollte man beachten.

Lassen Sie mich abschließend einen Blick auf den Gesamthaushalt werfen:

Der Ergebnishaushalt erzielt ein ordentliches Ergebnis von 1,001 Mio. Euro. Das ist gegenüber 2015 eine deutliche Verbesserung und sagt aus, „wir erwirtschaften unsere Abschreibungen“, soweit sie bisher im Haushaltsplan berücksichtigt sind. Der Zahlungsmittelüberschuss, in der Sprache der Kameralistik war dies die Zuführungsrate vom Verwaltungs- in den Vermögenshaushalt, beläuft sich auf rund 4,39 Mio. Euro. Es wird davon ausgegangen, dass Liquide Mittel in Höhe von rund 9 Mio. Euro zum Jahresanfang 2016 zur Verfügung stehen. Wenn alle Ausgaben und Einnahmen so, wie veranschlagt anfallen, benötigt die Stadt voraussichtlich 6 Mio. Euro Kredite. Unser aller Ziel ist es aber, diese Kreditaufnahme zu vermeiden, so, wie es uns auch 2015 und in den Vorjahren gelungen ist.

Der Haushalt ist genehmigungsfähig. Er ist die Grundlage dafür, dass Waiblingen auch in schwererem Fahrwasser Kurs halten kann und den Menschen in der Stadt auch die Sicherheit gewährt, für die anstehenden Aufgaben gut aufgestellt zu sein.

Ich möchte auch dieses Jahr allen Steuerzahlern, Gewerbetreibenden und der Bürgerschaft unserer Stadt für ihre tägliche Mitwirkung an der Gestaltung unseres Gemeinwohls danken.

Die Erstellung des Haushaltsplanentwurfs ist eine Gemeinschaftsleistung der gesamten Verwaltung, besonders gefordert ist dabei das Kämmereiteam, allen voran Frau Zettler, Frau Layer und Herr Hähnle. Ihnen allen besten Dank.

Ich freue mich auf die Aussprache zum Haushaltsplanentwurf 2016 und wünsche uns gute Beratungen.